2. Juni 2017 ■ 67. Ausgabe

# Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserem Programm für mehr Gerechtigkeit entwerfen wir einen klaren Zukunftsplan für Deutschland. Wir geben konkrete Antworten auf die Probleme, die die Menschen tagtäglich umtreiben, wie etwa die Sorge um eine auskömmliche Rente, den Wunsch nach einem sicheren, guten Arbeitsplatz oder der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wichtige Forderungen, die wir Anfang 2017 auf unserer Fraktionsklausur beschlossen haben, sind im Programmentwurf ebenfalls verankert: das Ende der Steuerprivilegien für überhöhte Managergehälter, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung oder eine schärfere Mietpreisbremse.

Meine Themen, Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz, finden sich ebenfalls

## Mehr Gerechtigkeit geht nur mit der SPD!

zum Teil im Leitantrag wieder. Ich könnte mir aber noch mehr vorstellen.

Wieder einmal hat sich die Union in den vergangenen Wochen quer gestellt und wichtige Vorhaben, wie das Rückkehrrecht in Vollzeit blockiert.

Der Bund wird sich noch wesentlich stärker finanziell engagieren. Allein 2020 werden die Länder vom Bund zusätzlich rund 10 Milliarden Euro erhalten. Der Bund bekennt sich damit zu seiner Pflicht, gemeinsam mit den Ländern gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land zu sichern. Denn die Chance auf ein gutes Leben in unserem Land darf nicht vom Wohnort abhängen. Deshalb gibt es auch in Zukunft einen fairen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwächeren Bundesländern.

Den Leitantrag des SPD-Parteivorstands zum Regierungsprogramm lesen sie hier.

# Autobahngesellschaft: Eine Privatisierung muss sicher ausgeschlossen werden

Der Bundestag hat diese Woche über ein Gesetzespaket zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs abgestimmt. Unter anderem ging es darin um die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft für den Erhalt und Betrieb der deutschen Autobahnen. Ich habe bei diesem Gesetzespaket mit NEIN gestimmt.

Die Bremsen in dem Paket, die die Privatisierung von Autobahnen in Deutschland verhindern sollen, überzeugen mich nicht. Die SPD hat zwar im Verhandlungsprozess noch deutliche positive Änderungen durchgesetzt, das reicht aber nicht aus. Eine spätere Privatisierung von Teilen des Autobahnnetzes bleibt aus meiner Sicht nicht ausgeschlossen.

*Der Bund übernimmt die bisher bei den Ländern liegende Hoheit über Planung, Bau und Betrieb der Fernstraßen und führt sie in einer neuen Infrastrukturgesellschaft zusammen.*

Die neu zu schaffende Infrastrukturgesellschaft kann ohne parlamentarische Kontrolle Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) eingehen. ÖPP-Projekte stellen eine schleichende Kapitalprivatisierung öffentlicher Infrastruktur dar, weil sie in der Regel auf Jahre hinaus vergeben werden.

Ich bin der Meinung, dass der Erhalt sowie der Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen und der Betrieb der Bundesverkehrswege immer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben müssen. Eine Privatisierung von öffentlicher Verkehrsinfrastruktur muss sicher und auch für die Zukunft ausgeschlossen sein. Dies gilt auch für Teil-Privatisierungen. Genauso wie bei der Wasserversorgung und im Bereich der Entsorgung von Hausmüll lehne ich „Privat vor Staat“ ab.

# Weg für die Betriebsrente plus ist frei

Der Weg für die Betriebsrente plus ist frei. Wir haben die betriebliche Altersvorsorge für Geringverdiener und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen attraktiver gemacht. Das ist ein großer Erfolg für die SPD.

Ein weiterer Baustein in unser Rentenkonzept ist umgesetzt worden. Derzeit haben nur rund 60 Prozent der Beschäftigten einen Anspruch auf betriebliche Altersversorgung. Bei Geringverdienern hat nur jeder Dritte Anspruch auf eine Betriebsrente.

Mit der neuen Regelung können jetzt mehr Menschen Betriebsrenten vereinbaren. Für die SPD-Bundestagsfraktion war es wichtig, weitere Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchzusetzen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für stabile und sichere Betriebsrenten weiter zu verbessern.

*Mehr Menschen sollen in Zukunft von einer Betriebsrente profitieren.*

# Im Dialog mit Betriebs- und Personalräten

**Bei unserer Betriebs-und Personalrätekonferenz** mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, Bundesjustizminister Heiko Maas, SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und dem SPD-Parteivorsitzenden MartinSchulz habe ich Rolf Schwertz (Aurubis Lünen), Andreas Kreuschner (Aurubis Lünen), Martin Weiberg (IG BCE Lünen) und NorbertJanßen (Stadtwerke Lünen) getroffen. Eins von vielen Themen war die Mitbestimmung. Sie gehört für mich zu einer freien und demokratischen Gesellschaft. Sie ist Kern des deutschen Modells der sozialen Marktwirtschaft und lebendiger Ausdruck unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie. Deshalb werden wir sie politisch weiter stärken.

# Ausblick auf die Zukunft der Kreislaufwirtschaft

Ich habe bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs- Wasser – und Rohstoffwirtschaft über die Kreislaufwirtschaft diskutiert.

Es ging um die zahlreichen Gesetzesvorhaben in diesem Bereich, die wir in dieser Legislaturperiode abgeschlossen haben. Zukünftig sollen noch weiter Dinge in der Legislaturperiode angepackt werden. Dazu gehören die Mantelverordnung (Bauabfälle) oder auch die Abfallvermeidung und Förderung von langlebigeren Produkten.

# SPD-Wirtschaftsempfang: Wirtschaftlichen Erfolg fortsetzen und in die Zukunft investieren

Unzählige gute Ideen und der Fleiß von Millionen Menschen haben Deutschland wirtschaftlich erfolgreich gemacht. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin gut. Und nie zuvor waren so viele in unserem Land erwerbstätig wie heute. Damit unsere Wirtschaft stark bleibt und wir unseren Wohlstand bewahren, müssen wir heute investieren. In gute Verkehrswege, flächendeckend schnelles Internet, in Forschung, eine gute schulische Bildung und berufliche Ausbildung. Wenn wir hingegen von der Substanz leben, riskieren wir, dass unser Land den Anschluss verpasst.

Wir wollen mit einer klugen Wirtschafts- und Energiepolitik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Unternehmen, mittelständische Betriebe und Start-ups weiter innovativ sind und international wettbewerbsfähig bleiben. Nur dann können sie gute und sichere Arbeitsplätze bieten. Der Übergang ins digitale Zeitalter ist hierbei eine Schlüsselaufgabe, die alle Wirtschaftsakteure meistern müssen. Auf dem Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion haben wir mit Gesprächspartnern aus der Praxis darüber diskutieren, welche Strategien notwendig sind, damit aus dem digitalen Wandel und anderen wirtschaftspolitische Herausforderungen echte Chancen werden.

*Diskussionsrunde beim Verband der kommunalen Unternehmen.*

# Sammlung und Erfassung von Hausmüll gehört in die Verantwortung der Kommunen

Wir alle erwarten, dass der Müll zuverlässig abgeholt, recycelt oder entsorgt wird. Das ist ein Teil der Daseinsvorsorge und dieser gehört in die Verantwortung der Kommunen. Das war eine meiner Kernaussage bei der Podiumsdiskussion des Verbandes der Kommunalen Unternehmen. Die kommunale Zuständigkeit verhindert Lohndumping und niedrige soziale Standards, garantiert die Beachtung örtlicher Gegebenheiten und schafft Zuverlässigkeit für Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus dürfen auch die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass bestimmte Leistungen immer - auch unter unwirtschaftlichen Bedingungen - erbracht werden, „insolvenzfest“ sind und Gebühren möglichst stabil bleiben. Ich habe zusammen mit meiner Fraktion in der Vergangenheit gegen Privatisierungen in der Abfallwirtschaft gekämpft und „Rosinenpickerei“ durch die Privatwirtschaft verhindert. Das werden wird die SPD Fraktion auch in Zukunft tun, als verlässlicher Partner der kommunalen Unternehmen.

# Abschiebung nach Afghanistan ausgesetzt

Muss die Abschiebung nach Afghanistan ausgesetzt werden? Ich meine Ja und habe mich deshalb sehr darüber gefreut, dass meine Fraktion gestern einen eigenen Antrag eingebracht hat, den ich unterstützt habe. Afghanistan als sicheres Herkunftsland zu deklarieren ist gerade aufgrund des jüngsten Terroranschlags nicht möglich. Die Sicherheitslage im Land ist sehr unterschiedlich, doch im Großen und Ganzen ist es ein Kriegsgebiet. Bis eine neue Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes zur Sicherheitslage am Hindukusch vorliegt, sollten wir meiner Meinung nach keine Menschen dorthin zurückschicken. Diese Linie verfolgt die Bundesregierung nach Absprache mit den Ländern auch. Dies gilt natürlich nicht für Kriminelle und terroristische Gefährder. Wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz, das sichere Zugangswege ermöglicht für die, die bei uns Arbeit und Perspektive suchen. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen und den Menschen in ihren Ländern helfen, Perspektiven zu entwickeln.

# Bikertour der Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag führte auch nach Selm

„In der Mitte Deutschland“ war das Motto der diesjährigen Freundschaftsfahrt der Sportgemeinschaft des Deutschen Bundestages, die über das Rothaargebirge und die Edertalsperre ins Sauerland führte. Die Tour gibt es seitdem eine Gruppe Motorradfahrer, unvergessen Peter Struck, ihre Bikes von Bonn nach Berlin brachten. Seither gibt es jedes Jahr diese Tour mit vielen Zielen. In diesem Jahr waren 145 Motorräder unterwegs nach NRW!

Eine Tagestour führte dann in meinen Wahlkreis. Über Lünen-Wethmar und Cappenberg ging es nach Selm, wo uns bereits der Geschäftsführer André Bubenzer des F&T LaSiSe erwartete. Hier bekamen die Teilnehmer einen Eindruck von der Teststrecke des europaweit ersten Freiluft-Forschungslabors für Ladungssicherung. Hier finden aber auch Fahrsicherheitstrainings und Reifentests für Motorräder statt. Vielen Dank auch an die Oldtimer Gruppe, die mit ihren liebevoll restaurierten Motorrädern ein optischer Leckerbissen waren!

*Mit Michaela als Sozia waren wir bei der Motorradtour der Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag dabei. Hier bei der Einfahrt auf das LaSiSe-Gelände in Selm.*

*Alles über die Tour in meinem Tourtagebuch*

**„Wo der Sportschuh drückt"**, war der Titel einer Diskussionsveranstaltung mit rund 40 Sportfunktionären in Lünen. Vielen Dank an alle, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Nur so können wir die Interessen der Sportlerinnen und Sportler auch im Bundestag gut vertreten. Mit mir saßen im Podium: Michaela Engelmeier MDB, Christian Zapp vom Stadtsportverband, Mario Löhr, Bürgermeister von Selm und Horst Müller-Bass, der erste Beigeordnete der Stadt Lünen ).

**Aufstieg geschafft.** Mit Christopher Magh und Udo Schulte habe ich auf den Aufstieg des TuS Wiescherhöfen angestoßen. Mit 3:0 (2:0) gewann der TuS Wiescherhöfen das letzte Heimspiel der Saison gegen die SG Bockum-Hövel und steigt somit als Meister in die Lan-

# Agenda 2030: 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung

*Aktionswoche Nachhaltigkeit: Mit meinen Bundestagskolleginnen und –kollegen: Saskia Esken, Ulli Nissen, Bernd Westphal, Hiltrud Lotze, Carsten Träger, Jeannine Pflugradt.*

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des Parlamentarischen Beirates, dessen stellvertretendes Mitglied ich bin, ist die Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Zur diesjährigen Deutschen Aktionswoche Nachhaltigkeit, die im Rahmen der „Europäischen Nachhaltigkeitswoche“ stattfand, gab es eine Aktion, mit der auf die Einhaltung der 17 SDGs für eine nachhaltige Entwicklung hingewiesen werden sollte. Ich gehöre einer Delegation an, die unsere Bundesumweltministerin Barbara Hendricks nach New York begleitet. Dort findet die UN Konferenz zur Umsetzung des SDG 14 „Ozeane erhalten und nachhaltig nutzen“ statt. Es wird unter anderem darum gehen, wie die Vermüllung der Meere durch Plastik verhindert werden kann.

# So läuft die Arbeit im Deutschen Bundestag

Wie läuft die Arbeit im Bundestag ab? Wie entstehen neue Gesetze? Das können 315 Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren bei einem groß angelegten Planspiel im Bundestag miterleben. Ich habe Jan-Niklas Möller aus Selm dazu eingeladen. Der 19-jährige studiere derzeit Wirtschaft und Recht an der Westfälischen Wilhelm-Universität in Münster. Beim Planspiel Jugend und Parlament übernehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Rollen fiktiver Abgeordneter. Mit neuem Namen, neuer Biographie und neuer politischer Gesinnung ausgestattet, bringen sie vier fiktive Gesetzesentwürfe durch das Gesetzgebungsverfahren. Am Ende werden die Beschlussempfehlungen der federführenden Ausschüsse im Plenum debattiert und die Gesetzentwürfe zur Abstimmung gebracht.

*Jan-Niklas Möller aus Selm lernt die Arbeit des Bundestages kennen. (Foto: Joshua Fraedrich)*

Viele Grüße aus Berlin und ein herzliches
Glückauf